Montag, 22. September 1924 — Abend-Ausgabe — Einzel-Nummer 10 Goldpfennig.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Nr. 451 — 53. Jahrgang

(Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.) — (Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.)

Vor der Entscheidung über den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund.

T. W. Wahrscheinlich werden wir morgen, am Dienstag, nach der Sitzung des Reichskabinetts, wissen, ob Deutschland in den Völkerbund eintreten, oder draußen bleiben wird. Heute, am Montag, wissen es die Mitglieder des Reichskabinetts selber noch nicht. Man kann sagen, das sei ein eigentümlicher Mangel an Klarheit und Entschlußfähigkeit. Indessen, es war, vor der Entscheidung, dringend notwendig, ganz genau das Terrain zu erkunden, und das mag immerhin ein mildernder Umstand sein. Obgleich angesehene und wohlmeinende französische Politiker, die Berlin besuchen, mit Bestimmtheit und in ehrlicher Ueberzeugung versichern, Herriot wünsche die Aufnahme Deutschlands, haben wir weder in seiner Rede, noch in den Worten und Taten seiner Mitarbeiter eine warm hervorströmende Empfangsfreude verspürt. Der „Temps" scheint jedesmal von einem Unwohlsein befallen zu werden, wenn er sich mit diesem Thema beschäftigen muß. Natürlich sind solche inneren Zustände, die sich auf der Gegenseite bemerkbar machen, für uns kein Grund, zu verzichten und den gutmütigen armen Peter zu spielen, der niemanden genieren will. Aber es war doch wohl richtig, nicht gleich mit blindem Enthusiasmus loszustürmen, sondern erst ein bißchen nachzusehen, ob nicht irgendwo, ganz zufällig, ein Stein mitten im Wege liegt. Stresemann hätte das vor vierzehn Tagen oder drei Wochen tun können, statt die vom Salzwasser der Nordsee durchtränkte Rede zu halten, die forsch und fein Meisterstück war. Das Versäumte ist nachgeholt worden, man hat sich, was ja kein Geheimnis mehr ist, mit der Bitte um Auskunft nach London gewendet, und es scheint ja, daß auch die Aufnahmekommission des Völkerbundes in Genf die Angelegenheit bereits erörtert hat. Frithjof Nansen, der dieser Kommission angehört, ist zum Reichskanzler Marx nach Sigmaringen gereist. Er ist kein Mann der juristischen Spitzfindigkeiten, aber ein wundervoller Mensch mit einem großen Herzen und leuchtenden Augen, und er hat ohne Zweifel dem Reichskanzler eindrucksvoll die Vorteile geschildert, die sich aus dem Eintritt in den Völkerbund für Europa, für die Welt und vor allem für Deutschland selber ergeben können. Diese Vorteile sehen auch wir. Wenn Deutschland einen Sitz im Völkerbundsrate hat, kann in Genf schwerlich noch eine gegen uns gerichtete Politik gemacht werden, kann man vieles anbahnen, manches aus der Liste unserer Wünsche der Verwirklichung näher bringen. Die Antwort auf die Fragen, die man hinausgeschickt hat, sollte heute eintreffen, und vom Inhalt dieser Botschaft hängt so ziemlich alles ab. Mit Entschiedenheit aber muß man fordern, daß diejenigen Herren Minister, die gern hintenherum kleine Bürgerblockgeschäfte betreiben, in der bevorstehenden Debatte ihre innerpolitischen Neigungen ausschalten, denn die augenblicklich bedeutungsvollste Frage der auswärtigen Politik gehört nicht in diesen inneren Handel hinein. Wie jeder unparteiische Historiker heute feststellen muß, zeigen die diplomatischen Akten, daß die deutsche Politik vor dem Kriege die Politik der versäumten Gelegenheiten war, und daß die günstigsten, besten Gelegenheiten versäumt wurden, weil man Rücksicht auf Herrn v. Tirpitz und seine Freunde, und auf die nationalistischen Bierbänke nahm. Wir haben keine Veranlassung, begeistert in das Dunkle hineinzuhupfen, aber wenn es kein Dunkel mehr ist, wenn die erbetenen Informationen es lichten, dann darf man nicht das Beispiel des Herrn v. Holstein nachahmen, der immer, wie die gesprächigen Jäger, den weißen Hirsch vorbeirennen ließ und seine Impotenz hinter Tüftelei, hohlen Formeln und unerschütterlichen Grundsätzen verbarg.

Ohne den Sitz im Völkerbundsrate geht es selbstverständlich nicht. Vier Staaten, England, Frankreich, Italien und Japan, sind im Rate „ständig", also bis an das Ende der Dinge, vertreten, während gegenwärtig sechs andere für eine vorläufig nicht genau bestimmte Zeitdauer zugelassen sind. Diese zehn können einem neuen Ankömmling einen Platz an ihrem Tische geben, und die Völkerbundsversammlung verleiht dann durch ihre Zustimmung dem Spruche volle Gültigkeit. Artikel vier des Völkerbundpaktes spricht ausdrücklich aus, daß der Rat auch neue „ständige" Mitglieder wählen kann, wenn die Mehrheit der Völkerbundsversammlung es genehmigt, und aus den Statuten ergibt sich also nicht das mindeste Hindernis. Daß Deutschland, als Mitglied des Rates, in der Abrüstungskommission mitzureden haben würde, steht fest. Seit aber mit dem Eintritt Deutschlands gerechnet wird, zeigt sich das Bestreben, diese Kommission zu entlasten und einige Aufgaben, beispielsweise die Ausübung der militärischen Kontrolle, auf Unterkommissionen abzuladen, aus denen dann die deutsche Delegation ferngehalten werden soll. Ein deutscher Vertreter bei der Kontrolle könnte die anderen Herrschaften nicht verhindern, all' das zu sehen, was ihnen interessant erscheint. Wenn man ihm trotzdem, wie Blaubart seinen Gattinnen, sagen wollte, daß er in dieses eine Zimmer nicht hinein dürfe, so müßten wir den Eindruck gewinnen, daß man selber eine Leiche zu verbergen hat. Diese Angelegenheit würde sich aber besser innerhalb der Völkerbundsmauern ordnen lassen, als von außen her. Für heute würde es genügen, zu erklären, daß der Versuch — denn einstweilen handelt es sich um einen noch nicht vollendeten Versuch — gegen die Idee der Gleichberechtigung und auch gegen einige Moralgesetze verstößt.

Erheblich wichtiger, überaus wichtig sogar, und darum vor der Ankunft zu regeln, ist ein anderer Punkt. Die Frage, ob man beim Debut in einer verdünnten Erklärung auf die Vergangenheit anspielen kann, mag eine hohe Bedeutung für diejenigen haben, die an den Wert von Demonstrationen glauben, aber absolut notwendig ist eine Erklärung, die sich auf die Zukunft bezieht. Die Artikel sechzehn und siebzehn des Völkerbundspaktes verpflichten die Mitglieder des Bundes, militärische Hilfe gegen einen Friedensstörer zu leisten, einen Teil ihrer bewaffneten Macht zur Verfügung zu stellen. Sie schreiben weiter vor, daß die zum Bunde gehörenden Staaten den Durchmarsch durch ihr Gebiet jedem Bundesmitgliede zu erleichtern haben, das an einer gemeinsamen Aktion beteiligt ist. Bereits im Dezember 1920 hat die Schweiz die Befolgung dieses Gebotes abgelehnt. Damals sollte in Wilna ein Plebiszit darüber entscheiden, ob die Bevölkerung litauisch oder polnisch sein wolle, und vor der Abstimmung hatten die Polen die Stadt besetzt. Der Völkerbund hatte vergeblich die Polen zum Abmarsch aufgefordert und dann, zur Zähmung der Widerspenstigen, ein gemischtes Expeditionskorps zusammengebracht. Frankreich und Spanien wollten ihre Truppen durch die Schweiz ziehen lassen, aber der Bundesrat in Bern verweigerte die Erlaubnis und leistete auch dann, als er durch eine Note an seine Bundespflicht gemahnt wurde und der Konflikt sich verschärfte, energisch und erfolgreich Widerstand. Er berief sich darauf, daß die Schweiz eine Ausnahmestellung einnehme, da ihre Neutralität von allen Großmächten garantiert worden sei. Ganz ebenso nimmt Deutschland, nur aus anderen Gründen, eine Ausnahmestellung ein. Deutschland besitzt, infolge der Entwaffnung, nur eine winzige Armee. Es kann nicht, gleich den Staaten, die nicht abgerüstet haben und über eine gewaltige Militärmacht verfügen, einen Teil seines Heeres ausschicken, wenn die Genfer Trompete — wie Heimdalls Horn die Götter — den Bund zum Kampfe ruft. Es kann auch nicht den Durchmarsch gestatten, denn was würde geschehen? Es würde nicht in der Lage sein, mit der kleinen Reichswehr seine Grenzen gegen die angegriffene Partei zu schützen, die mit vollem Recht erklären würde, daß es seine Neutralität aufgegeben habe, und die Truppen dieser Partei würden sehr schnell das deutsche Territorium überschwemmen. Während die Staaten mit angenehmerer Geographie die Galerie bilden könnten, würde Deutschland, in der Mitte Europas, die Arena, der allgemeine Kriegsschauplatz sein. Es ist nicht möglich, mit der Aussicht auf solche Gefahren, auf neue kriegerische Scheußlich-

Die Beantwortung der deutschen Fragen.

Die Informationen eingetroffen.

Ueberreichung heute abend.

Die Antwortnote aus London, die, wie im Leitartikel mitgeteilt ist, die von der Reichsregierung erbetenen Informationen enthalten soll, ist heute vormittag, wie erwartet, in Berlin eingetroffen. Ihr Inhalt ist zur Stunde den amtlichen deutschen Stellen noch nicht bekannt, und man nimmt nur an, daß sie ziemlich umfangreich ist. Heute abend um 6½ Uhr dürfte der Reichsaußenminister Dr. Stresemann, der heute nach Berlin zurückgekehrt ist, eine Unterredung mit dem englischen Botschafter Lord d'Abernon haben, in der man natürlich die Informationen und den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund erörtern wird. Wie die ganze Frage gegenwärtig steht, und welche Punkte besonders aufgeklärt werden müssen, ergibt sich aus dem nebenstehenden Montagsartikel.

*

Reichskanzler Dr. Marx hat heute seinen Erholungsaufenthalt in Sigmaringen beendet und befindet sich auf der Rückreise nach Berlin; hier wird er jedoch erst morgen früh eintreffen. Reichsaußenminister Dr. Stresemann ist bereits heute nach Berlin zurückgekehrt. Morgen vormittag werden alle Reichsminister wieder in Berlin sein und an der auf morgen 11 Uhr vormittag angesetzten Kabinettssitzung teilnehmen.

Zwei Strömungen in Frankreich.

Die „Bedingungen" der Nationalisten.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

L Paris, 22. September.

Die Frage der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund scheint die Franzosen noch weit mehr zu interessieren als die Deutschen. Daß der Beitritt des Reiches bald erfolgen muß, wird allgemein zugegeben; aber über die Bedingungen der Aufnahme werden Anschauungen geäußert, die deutlich erkennen lassen, daß den französischen Nationalisten die Teilnahme Deutschlands durchaus nicht willkommen ist. Mit auffallender Schärfe spricht sich über diese Frage der „Temps" aus. Der letzte Artikel schildert die Sorgen, die gewisse Kreise in Frankreich haben, so beweglich, daß er die Zweckmäßigkeit eines schnellen Beitritts zum Bunde auch den Zweiflern in Deutschland klarmachen wird. Der Verfasser des Artikels ist der Meinung, daß der Einfluß Englands und der skandinavischen Staaten den Minister Stresemann dazu bewogen haben, seine Ansicht über den Eintritt des Reiches auffallend rasch zu ändern. Der „Temps" meint, daß England seine Bemühungen bald bedauern wird; denn die Gefahren einer Vorzugsbehandlung Deutschlands sind sehr groß. „Wir riskieren, dem Reiche ein Prestige und einen Einfluß zu sichern, den es noch nicht verdient hat. Wenn Deutschland in Genf vertreten sein wird und sich dort die Unterstützung einer Anhängerschaft zu sichern weiß, dann werden die Engländer bald erkennen, daß die politische Auferstehung Deutschlands für England ebenso peinliche Folgen haben kann, wie für die anderen Staaten." Der „Temps" will nicht bestreiten, daß die Beteiligung Deutschlands auch einige Vorteile bringen könnte; aber die Erleichterungen, die der Reichsregierung versprochen zu sein scheinen, seien doch viel zu groß. „Welche Garantie will Deutschland für die im Pakt verlangte Bürgschaft geben, die internationalen Verpflichtungen zu respektieren? Ist Deutschland aufrichtig, wenn es durch seinen Beitritt sich den Anschein gibt, daß es die territorialen und politischen Bestimmungen respektieren will, die der Sieg der Alliierten herbeigeführt hat?" Der „Temps" wünscht zu wissen, welche Versprechungen der Reichsregierung gemacht worden sind und wer die moralische Verantwortung für „den Akt der Schwäche" zu tragen hat. — Noch merkwürdiger sind die Kommentare Bainvilles in der „Action Française" und „Liberté", welche die Situation als äußerst günstig für Deutschland schildern. Die ganze Polemik über die Verantwortung Deutschlands habe schließlich den Erfolg gehabt, daß Deutschland sich um den Beitritt zum Bunde nicht mehr zu bewerben braucht, sondern daß es immer dringender dazu aufgefordert wird, dem Völkerbund nicht länger fern zu bleiben. Deutschland ist jetzt in der Lage, sich bitten zu lassen.

Der Widerspruch des „Temps" und das falsche Lob Bainvilles dienen beide der gleichen Absicht: Die öffentliche Meinung Frankreichs soll dahin gebracht werden, die strengsten Vorbedingungen für die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund zu stellen. Die Kalkulation ist einfach: Entweder nimmt Deutschland diese Bedingungen an, und dann hat es noch einmal sich dem Willen der Sieger gebeugt, oder es verzichtet vorläufig noch auf den Beitritt, dann sind die französischen Nationalisten ihre Sorgen wenigstens für einige Zeit los. Es ist nicht zu erwarten, daß diese Rechnung aufgeht. Da über die Aufnahme die Mehrheit des Völkerbundes zu entscheiden hat, können die französischen Treibereien nur dann auf einen Sieg rechnen, wenn sich die Reichsregierung selbst durch eine falsche Taktik den Beitritt erschwert. Die Auffassung der beiden französischen Gruppen läßt sich nach den Zeitungen deutlich erkennen. Die Gegner sagen, was der „Temps" gesagt hat: Deutschland hat die Bedingungen der Botschafterkonferenz für die Beendigung der Militärkontrolle noch nicht erfüllt; Deutschland hat noch nicht genügende Beweise dafür gegeben, daß es den Dawes-Plan erfüllen will und kann. Deutschland bestreitet seine Schuld am Kriege und erschüttert dadurch die Rechtsgrundlage des Vertrages von Versailles. Deutschland denkt daran, seine Regierung nach rechts zu erweitern und dann werden alle Vorteile eines Eintritts in den Bund ebenso illusorisch wie die in London unterschriebenen Verpflichtungen. Darauf antworten die Politiker, welche für den Eintritt des Reiches sind: Wenn diese Sorgen begründet sind, dann ist es doppelt wichtig, Deutschland in den Bund aufzunehmen. Denn durch die Politik der Revanche und durch eine Sabotierung des Dawes-Planes würde das Reich sofort eine unbesiegliche Koalition aller übrigen Völker gegen sich aufbringen, wenn es erst einmal zum Bunde gehört. Außer diesen beiden Auffassungen gibt es noch gefühlsmäßige Erwägungen, die bei beiden Parteien mitsprechen. Es ist aber Pflicht der Gerechtigkeit, zu erklären, daß die jetzige französische Regierung ebenso wie die französischen Delegierten in Genf die Frage der Aufnahme Deutschlands nicht nur nach nüchternen Erwägungen, sondern von einem höheren Standpunkt aus zu behandeln wünschen.